Atomausstieg: Weg mit Reaktoren und Raketen!

Es scheint, als hätten CDU-Altmeier und andere nun ihr Herz für die notleidenden Haushalte entdeckt. Die Sorge um die künftige Bezahlbarkeit des Stroms scheint sie umzutreiben. Die Umstellung auf die erneuerbaren Energien wird von ihnen als die Quelle allen Übels identifiziert.

Weit gefehlt. Die wirklichen Preistreiber bleiben unerwähnt.

16,2 Milliarden Euro erhalten Industrieunternehmen im Jahre 2013 - geschenkt. Die Liste der Geschenke ist lang: Weitgehende Befreiung von der Stromsteuer und von der Umlage für die erneuerbaren Energien (EEG-Umlage); Großabnehmer sind von der Konzessionsabgabe für die Netze befreit, usw.

Haushalte und Gewerbetreibende müssen nicht nur diese Kosten übernehmen, sondern sollen auch noch für den Ausbau der Stromtrassen zahlen. Obendrein sollen sie Kapitalfonds und Energiekonzerne dafür entschädigen, wenn deren Windparks nicht rechtzeitig an die Stromtrassen angeschlossen werden. Der einzige Sinn besteht darin, den "Investoren" die <u>versprochenen Gewinne</u> zu garantieren.

Kapitalismus eben. Private Profitmacherei. Mit staatlicher Hilfe geschmiert und garantiert

Die erneuerbaren Energien haben zum Sinken der Preise an den Strombörsen geführt. Doch diese gesunkenen Preise reichen die Energiekonzerne nicht an die Haushalte weiter. Sie wollen auch weiterhin zu ihren großen Gewinnen kommen.

Der angeblich "billige Atomstrom" konnte nur durch jahrelange staatliche Subventionierung wirtschaftlich produziert

werden. Müssten die Risiken dieser Technologie angemessen versichert werden, wäre die Atomenergie von heute auf morgen nicht mehr bezahlbar.

Es wird bewusst Angst vor unbezahlbaren Energiepreisen geschürt. Der Ausstieg aus der Kernenergie soll torpediert, die Laufzeit der AKWs weiter verlängert werden. Die Planungen neuer AKW's sind noch nicht vom Tisch.



Deshalb bleibt die Forderung, alle AKWs sofort stillzulegen, aktuell. Der Beschluss, aus der Atomenergie auszusteigen, wurde unter dem massenhaften Protest nach der Katastrophe in Fukushima erzwungen. Er war ein Teilerfolg, der aber unzureichend, löchrig und nicht unumkehrbar ist. - Der Kampf muss weiter gehen.

Die Technologie ist nicht beherrschbar, ihre Risiken sind unverantwortlich. Die Folgen jeder Havarie sind eine bleibende Katastrophe. Die Entsorgung des atomaren Mülls ist ungeklärt. Er wird nur angehäuft und stellt eine fast endlos strahlende Gefahr dar.

Atomare Abfälle werden in Kriegen rund um die Welt verwendet

Panzer- und bunkerbrechende Munition wird mit Uran bestückt. Damit wurden bereits großflächig der Irak, das Kosovo, Afghanistan und Libyen verseucht. Diese Kriege wurden alle mit dem Mantel sog. "humanitärer" Einsätze umgeben.

Atomenergie und Atomwaffen sind eineiige Zwillinge

Atomwaffen lagern in Büchel (Rheinland-Westfalen) auch auf dem Boden unseres Landes. Sie werden nicht abgezogen, sondern modernisiert. Atomwaffen stellen eine Bedrohung der gesamten Menschheit dar und gefährden ihr Überleben. Notwendig ist die Schaffung atomwaffenfreier Zonen. Hier, im Nahen Osten und weltweit. Notwendig ist die allgemeine Abrüstung. Sie ist aus friedenspolitischen, sozialen und ökologischen Gründen notwendig.

Eine neue Bedrohung

Weltweit steht ein neuer Aufschwung der fossilen Energieträger bevor. Immer neue umweltriskante Öl– und Gasvorräte sollen erschlossen werden. Das umweltfeindliche "Fracking" wird vorangetrieben. Die enormen Mengen an Gas, die tief im Boden lagern, versprechen Riesenprofite. Schon wird auch bei uns mit dem Argument geworben, dass damit ein neuer Wirtschaftsaufschwung in Gang gebracht werden könne. Die Belastungen und die Risiken für das Leben auf diesem Planeten nehmen zu, die drohende Klimakatastrophe wird zugunsten der Profitaussichten in Kauf genommen.

Andere Politik durchsetzen!

Der Kampf für den Ausstieg aus der Kernenergie, für bezahlbaren Strom und gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen hat denselben Gegner: Die Energiekonzerne und die mit ihnen verbundenen Banken.





Eine andere Politik muss durchgesetzt werden. Dafür muss der Einfluss der Energie- und der anderen Großkonzerne zurückgedrängt werden. Um die notwendige Kraft zu entwickeln, gilt es ökologische und soziale Bewegungen zu stärken, zu verstetigen und miteinander zu verknüpfen. Für die Beschäftigten in diesem Sektor müssen neue Perspektiven eröffnet werden. Damit sie sich nicht mehr von ihren Konzernvorständen mit Hilfe der Angst um die Arbeitsplätze für die Profitinteressen des Konzerns missbrauchen lassen können.

Wirkungsvolle Hebel zum sozialen und ökologischen Umsteuern werden wir erst dann haben, wenn die Konzerne und Banken vergesellschaftet sind und unter demokratischer Kontrolle stehen.

"Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (K. Marx: Das Kapital)

"Ein würdiges Leben für alle Menschen wäre möglich. Zugleich könnte die Erde für künftige Generationen als lebensfähiges Ökosystem erhalten werden."

"Reformpolitik kann der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, vor allem des Transnationalen Kapitals, nicht ausweichen, sondern muss auf sie orientieren. Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltungen heran." (Aus dem Programm der DKP)

dkp-minden.de



